



an

DEN EINWOHNERRAT EMMEN

08/13 Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gemeinderat hat an der Sitzung des Einwohnerrates vom 5. Mai 1998 seine Absicht bekannt gegeben, in Zukunft jedes Jahr eine Abschreibungsbotschaft an der ersten Sitzung des Jahres dem Einwohnerrat vorzulegen, damit diejenigen Vorstösse, die erledigt sind oder deren Erledigung definitiv eingeleitet ist, aber nicht zusammen mit einem Bericht und Antrag des Gemeinderates abgeschrieben werden können, ebenfalls zur Abschreibung vorgeschlagen werden können. Dieses Vorgehen wurde auch von der Ratsbetriebseffizienzsteigerungskommission unterstützt und in den Jahren 1999 bis 2012 bereits durchgezogen.

Unter Bezugnahme auf Art. 78 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates Emmen vom 4. Juli 2000 und unter Berücksichtigung der Anregungen des Einwohnerrates vom 5. Mai 1998 unterbreiten wir Ihnen folgenden Bericht und Antrag zu den überwiesenen Motionen und Postulaten:

1. Antrag auf Abschreibung der nachstehenden parlamentarischen Vorstösse

24/07 Postulat Daniel Pfister, Ruth Heimo und Paul Jäger namens der FDP Fraktion vom 3. Juli 2007 betreffend S-Bahn-Station Benziwil

Obwohl sich der Gemeinderat zum Zeitpunkt der Vorprojektierung der Haltestelle Gersag auch für eine Haltestelle Benziwil stark eingesetzt hat, fand er beim Kanton und der SBB wenig Gehör. Einhalten von Fahrplänen, die zu erwartenden Frequenzen sowie die hohen Kosten sprachen damals gegen diese Haltestelle. Im Agglomerationsprogramm des Kantons Luzern sind unter Infrastruktur und Angebot öffentlicher Verkehr neue Haltestellen vorgesehen. Der Gemeinderat wird sich, wenn es um die Priorisierung allfällig neuer Haltestellen geht, wiederum für diese Haltestelle engagieren, erachtet er doch eine solche S-Bahn Haltestelle für das ganze Quartier Benziwil als eine grosse Aufwertung und somit als Gewinn für die Gemeinde. Allerdings ist zu bemerken, dass durch den äusserst hohen Kostendruck beim öffentlichen Ver-

kehr in mittelfristiger Zukunft nicht mit einer weiteren S-Bahn-Station in Emmenbrücke zu rechnen ist. Nach Auskunft des Verkehrsverbundes ist aus heutiger Sicht eine solche Haltestelle betrieblich nicht machbar. Es ist mit dem heutigen Fahrplan unmöglich, an dieser Stelle zusätzlich zu halten. Die Umläufe sind zu knapp und die Wendezeiten in Sursee und Luzern zu kurz. Auch bezüglich des Erschliessungspotentials macht der Verkehrsverbund ein grosses Fragezeichen. Eine weitere S-Bahn-Haltestelle wirkt sich mit den zu tätigen baulichen Investitionen und dem Betrieb natürlich auch finanziell beträchtlich auf den ÖV in Emmen aus. Würde Emmen am Bau entgegen z.B. der SBB oder des Verkehrsverbundes Luzern festhalten, müsste die Gemeinde die gesamten Investitionskosten tragen, da die Haltestelle vollständig auf Emmer Gebiet liegt. Sicher aber würde sich der finanzielle Anteil der Gemeinde aufgrund der zusätzlichen ca. 90'000 Haltestellenabfahrten erhöhen. Gemäss den Ausführungen wurden die von den Postulanten geforderten notwendigen Abklärungen beim Kanton und dem für den ÖV zuständigen Verkehrsverbund getätigt. Zusammenfassend und abschliessend zeigt sich deutlich, dass sich mittelfristig keine Möglichkeit ergibt, eine Haltestelle Benziwil zu realisieren.

46/07 Postulat Eugen Bütler, Andreas Kappeler und Luzius Hafen namens der SP/Grüne Fraktion vom 29. Oktober 2007 betreffend Ressourcenoptimierter Betrieb

Die Gemeinde Emmen erlangte Mitte 2012 das Label Energiestadt. Mit dem Erreichen des Labels wurden eine ganze Reihe Massnahmen eingeführt, welche unter anderem auch die Forderungen der Postulanten betreffen. In vier Jahren wird Emmen die Zertifizierung im Rahmen eines Reaudits zu bestätigen haben. Dabei werden unter anderem die Umsetzung und Wirksamkeit der bisherigen Massnahmen überprüft. Eine erfolgreiche Wiedertzertifizierung erfordert zudem zusätzliche Massnahmen. Der Gemeinderat erachtet die Forderungen der Postulanten, personelle Massnahmen und Anreize für einen ressourcenoptimierten Betrieb der Gemeindeverwaltung zu prüfen mit dem Erreichen des Labels Energiestadt als erfüllt.

19/08 Postulat Monique Frey und Luzius Hafen namens der SP/Grüne Fraktion vom 5. März 2008 betreffend interkultureller Beirat

Der Gemeinderat hat die Forderung nach Schaffung eines interkulturellen Beirates abgelehnt, weil die Integration in den Regelstrukturen erfolgen muss. Der Gemeinderat hat jedoch erklärt, dem Anliegen der Postulanten durch den Einbezug von Ausländerinnen und Ausländern in die bestehenden Kommissionen und Projektgruppen Rechnung zu tragen. Die Neuwahl und -besetzung aller gemeinderätlichen Kommissionen für die neue Legislatur erfolgte im Dezember 2012. Es ist dabei auch eine Entscheidung der Parteien und Institutionen, ob bei der Neubesetzung der gemeinderätlichen Kommissionen auch Ausländerinnen und Ausländer von Parteien für die Kommissionen gemeldet werden.

09/11 Motion Tobias Käch und Mitunterzeichnende namens der JCVP/CVP Fraktion vom 12. Januar 2011 betreffend Audio - Einwohnerratsprotokoll

Der Einwohnerrat hat im Rahmen der Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates die Einführung eines Audio-Einwohnerratsprotokolls abgelehnt. Ein entsprechender Antrag der JCVP/CVP Fraktion wurde bei der 1. Lesung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates Emmen am 15. Mai 2012 mit 8:28 Stimmen verworfen. Das Anliegen ist damit vom Gemeinderat nicht weiter zu bearbeiten.

28/11 Postulat Ruth Heimo namens der FDP Fraktion vom 15. April 2011 betreffend Militärflugplatz Emmen nach einer allfälligen Fusion

Das Postulat ist im Zusammenhang mit dem Projekt „Starke Stadtregion“ sowie unter der Berücksichtigung einer möglichen Fusion der Einwohnergemeinde Emmen mit der Einwohnergemeinde Luzern eingereicht worden. Das Postulat berücksichtigte dabei, dass vor Jahren aus Wirtschaftskreisen eine Forderung nach einem zivil genutzten Regionalflugplatz vorgebracht worden ist. Der Militärflugplatz Emmen ist aufgrund seiner Geschichte sowie der wirtschaftlichen Bedeutung in der Bevölkerung nach wie vor sehr gut verankert und auch akzeptiert. Im Herbst 2004 wurden innert kurzer Zeit mehr als 12'000 Unterschriften für den Erhalt des Militärflugplatzes Emmen gesammelt. Dabei wurde bereits damals immer wieder vorgebracht, dass ein ziviler Regionalflugplatz als mögliche Alternative grossmehrheitlich abgelehnt wurde. Auch eine Volksbefragung ergab eine grosse Ablehnung eines regionalen Zivilflugplatzes. Daher sind die Bestrebungen, einen Regionalflugplatz Emmen zu betreiben, eingestellt worden. Mit der zivilen Mitbenutzung des Flugplatzes und deren Umsetzung durch die Wirtschaftsförderung kann den Bedürfnissen nach Starts und Landungen mit zivilen Flugzeugen auf dem Militärflugplatz in genügendem Umfang Rechnung getragen werden. Ein Bedürfnis nach weiteren Flugbewegungen und einem Ausbau ist nicht ausgewiesen und steht auch nicht zur Diskussion. Der Gemeinderat Emmen wird weiter dafür einstehen, dass der Militärflugplatz Emmen bestehen bleibt. Dabei gilt aber auch zu beachten, dass sich der Gemeinderat und die Armee als verlässlicher Partner dauernd über die Flugbewegungen austauschen und damit dafür besorgt sind, dass die Akzeptanz auch für den Militärflugplatz so erhalten bleibt. Die Stimmberechtigten der Gemeinde Emmen haben eine Weiterführung des Projektes ‚Starke Stadtregion‘ an der Urne abgelehnt. Deshalb wird auch der Gemeinderat Emmen weiterhin direkter Ansprechpartner für die Betreiber und Nutzer des Flugplatzes bleiben. Deshalb sind die Forderungen des Postulates hinfällig geworden.

30/11 Postulat Thomas Bühler namens der FDP Fraktion vom 15. April 2011 betreffend Businessplan für das Szenario Fusion

Mit dem Ziel, die Stadtregion Luzern zu stärken und zur viertgrössten Stadt der Schweiz aufzusteigen, wurde das Reformprojekt „Starke Stadtregion Luzern“ lanciert. Das Postulat fordert vom Gemeinderat, von der Projektsteuerung des Projekts „Starke Stadtregion Luzern“ einen Businessplan für das Szenario Fusion einzufordern. Der Gemeinderat hat das Postulat im November 2011 entgegengenommen und erklärt, im Rahmen der nächsten Projektphase einen Businessplan erarbeiten zu wollen. Die Stimmbevölkerung hat jedoch im März 2012 entschieden, aus dem Reformprojekt auszusteigen. Die Forderung des Postulates ist daher hinfällig.

59/11 Motion Christian Blunsi namens der CVP/JCVP Fraktion vom 28. September 2011 betreffend klare Aufträge an den Gemeinderat bzw. neue Regelung für teilweise Überweisung von Vorstössen

Der Einwohnerrat hat im Rahmen der Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates eine neue Regelung betreffend teilweise Überweisung von Vorstössen beschlossen. Die Geschäftsordnung des Einwohnerrates Emmen wurde dabei mit folgendem Art. 77 Abs. 6 ergänzt: „Die Anträge für eine teilweise Überweisung müssen schriftlich gestellt und darin die zu überweisenden Forderungen ausdrücklich aufgeführt werden.“ Diese Änderung wurde vom Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 3. Juli 2012 beschlossen und in Kraft gesetzt. Die Forderung ist somit erfüllt.

19/12 Postulat Andreas Roos namens der CVP/JCVP Fraktion vom 13. April 2012 betreffend Verbot der Strassenprostitution in Wohnquartieren

Der Postulant fordert im Sinne einer proaktiven Haltung die Prüfung der Ausarbeitung eines Reglements analog der Stadt Luzern sowie weitere Massnahmen zur Verhinderung der Strassenprostitution auf Emmer Gemeindegebiet. Die Verdrängung der Strassenprostitution aus dem Zentrum der Stadt Luzern an den jetzigen Standort Ibach und somit in unmittelbare Nähe zur Gemeinde Emmen hat den Gemeinderat dazu bewogen, einem Projekt unter der Leitung von LuzernPlus beizutreten. Im Projekt wirken die Gemeinden Buchrain, Ebikon, Horw, Kriens, Rothenburg, welche alle von den Veränderungen bei der Strassenprostitution betroffen sind oder sein könnten, mit. Auch die Stadt Luzern sowie die Luzerner Polizei sind in das Projekt integriert. Es geht darum, das für die Ausübung der Strassenprostitution optimale Gebiet (z.B. Gewährung der Sicherheit der Prostituierten, keine Nähe zu Schul- und Wohnzonen, Auswirkungen des Schleichverkehrs) zu definieren. Der Gemeinderat Emmen ist aufgrund einer internen Analyse zum Ergebnis gekommen, dass auf dem Gemeindegebiet Emmen kein Gebiet für die Ausübung der Strassenprostitution geeignet ist. Die Projektsteuerung hat denn auch an ihrer Sitzung vom 6. November 2012 festgehalten, den aktuellen Standort der Strassenprostitution im Ibach beizubehalten. Andere Standorte wurden nicht als sinnvoll und realistisch erachtet. Die Stadt Luzern hat bisher als einzige Gemeinde im Kanton Luzern ein Reglement für die Strassenprostitution erlassen. Damit wird einerseits umschrieben, wo diese nicht zulässig ist, andererseits wird aber auch definiert, wo sich die Strassenprostitution niederlassen kann und darf. Der Gemeinderat Emmen vertritt die Ansicht, dass die geltende Rechtslage der Polizei genügende Grundlagen bietet, um die Strassenprostitution an ungeeigneten Standorten zu verhindern. Mit den polizeilichen Kontrolltätigkeiten in Bezug auf die Einhaltung des Straßenverkehrsrechtes

durch die potentiellen Freier, die Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen (ANAG) im Zusammenhang mit Sexarbeiterinnen (fremdenpolizeiliche Bestimmungen) kann eine unerwünschte Verlagerung des Strassenstrichs verhindert werden. Ein Reglement müsste dagegen definieren, wo die Strassenprostitution erlaubt wäre. Damit würde ein Reglement die Möglichkeit bieten, dass sich die Strassenprostitution doch auf dem Gemeindegebiet von Emmen etablieren könnte. Bis heute ist auf dem Gemeindegebiet von Emmen keine Strassenprostitution festgestellt worden. Auch die weiteren Gemeinden im Raum Luzern verzichten auf die Ausarbeitung eines entsprechenden Reglements. Der Gemeinderat Emmen ist überzeugt, dass in enger Zusammenarbeit mit der Luzerner Polizei und mit dem Projekt von LuzernPlus in Emmen ein Strassenstrich verhindert werden kann. Dies vor allem auch deshalb, weil sich kein Gebiet innerhalb der Grenzen von Emmen dazu eignet. Der Gemeinderat ist aufgrund der vorstehenden Ausführungen der Ansicht, dass die Forderungen des Postulanten damit umgesetzt sind.

2. Auf dem Verzeichnis der unerledigten Geschäfte werden nachstehende parlamentarische Vorstösse belassen

17/96 Postulat Lucia Amberg und Peter Lerch vom 17. April 1996 betreffend Technopark in der Emmenweid

Die gemeindeeigenen Liegenschaften in der Emmenweid wurden im Jahr 2008 veräussert. Seither findet dort nun eine vielfältige Entwicklung statt, wie Lichtgalerie, Eventhalle und Viscosebar zeigen. Die neuen Aktivitäten im Rahmen des Entwicklungsschwerpunkts Luzern Nord mit Seetalplatz (Masterplan Seetalplatz und Masterplan Monosuisse) haben Ausstrahlung auf das Gebiet Emmenweid. Der Start des Studienwettbewerbs über das Gebiet Emmenweid wurde aus verschiedenen Gründen verschoben und ist neu frühestens auf Sommer 2013 zu erwarten. Ziel ist ein verbindlicher Masterplan, analog Monosuisse, welcher die langfristige Entwicklung der Emmenweid aufzeigt. Der Gemeinderat ist im Planungsprozess involviert und vertritt die Interessen der Gemeinde Emmen.

33/01 Postulat Kurt Risi namens der FDP Fraktion vom 25. Juni 2001 betreffend verbesserte Verkehrsführung am Kreisel Sonnenplatz

Im Rahmen des kantonalen Projekts K13 Knoten-Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg (Botschaft B67) werden unter anderen auch Massnahmen am Sonnenplatz bezüglich Verstetigung Verkehrsfluss MIV, Förderung ÖV und LV ergriffen. Damit soll die Verkehrssituation am Sonnenplatz verbessert werden. Die Direktion Bau und Umwelt ist in die Projektierung mit einbezogen und wird sich für die Verbesserung der Verkehrssituation am Sonnenplatz einsetzen. Ausserdem weist er auf die Beantwortung der Motion 05/09 vom 19. August 2009 sowie die Ergänzung zu derselben vom 28. Oktober 2009 hin, in welcher die Thematik ausführlich behandelt wurde. Bis heute liegt als erste Etappe das Bauprojekt Seetalplatz bis Centralplatz rechtskräftig vor, welches im Juni 2012 von der kantonalen Stimmbevölkerung angenommen wurde. Die weitere Etappe Centralplatz bis Sprengiplatz wurde zeitlich angepasst, d.h. verschoben und ist in Vorbereitung. Der Gemeinderat ist in Kontakt mit den massgebenden kantonalen Stellen.

54/02 Postulat Urs Richiger namens der CVP Fraktion vom 16. Oktober 2002 betreffend Ortsbildschutz in Emmen

Im Jahre 2006 wurde ein komplettes Bauinventar über die schützens- und erhaltenswerten Gebäude der Gemeinde Emmen erstellt. Im Rahmen der Teilrevision der Ortsplanung (Arbeitsgebiete, Gefahrenzonen etc.) wird auch die rechtliche Verankerung dieses Bauinventars definiert – die Vorprüfung dieses Teils der Ortsplanung wurde bereits erstellt. Gemäss Denkmalpflegegesetz ist der Kanton zuständig für die Umsetzung des Bauinventars. Ziel ist, nach Besprechung mit der kantonalen Denkmalpflege, dieses Bauinventar verbindlich festzulegen. Der Ball liegt beim Kanton und es ist ganz klar Aufgabe des Kantons in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. Dazu gehört auch einiges an Öffentlichkeitsarbeit, welche der Kanton zusammen mit der Gemeinde zu bewerkstelligen hat. Betreffend Areal Kühneweg konnte durch die Gemeinde mittels Tauschvertrag (Bericht und Antrag 62/11 an den Einwohnerrat vom 15. November 2011) ein Teil der Parzelle erworben werden. Auf der Restparzelle kann nur im Rahmen eines Gestaltungsplanes gemäss der Bau- und Zonenordnung weiter geplant werden.

20/07 Postulat Ernst Widmer, Daniel Pfister und Ruth Heimo namens der FDP Fraktion vom 21. Mai 2007 betreffend Bahnhof Luzern Nord

Im Rahmen der Planung „Masterplan Luzern Nord“, welche im Auftrage vom Kanton, der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen vorgenommen wurde, hatte die Gemeinde Emmen Einsitz im Begleitgremium. Die Gemeinde setzte sich in diesem Gremium für einen attraktiven Bahnhof Luzern Nord ein. Das Ergebnis einer Testplanung hat deutlich aufgezeigt, den Bahnhof Emmenbrücke auszuweiten, ein Busnetz an den Bahnhof anzubinden, und dazu noch einen attraktiven Vorplatz zu gestalten. Die einspurige Schienenverbindung, welche im Bereich Reussbühl ab der Bahnlinie Emmenbrücke - Luzern über die Reuss, unter der Autobahn A2 hindurch (Schlaufe), im Bereich des Friedhofs Friedental in die ausgebaute Doppelspur Luzern-Rotsee-Zug mündet, ist im Agglomerationsprogramm des Kantons Luzern (Massnahme M8.2) enthalten. Eine entsprechende Studie des Kantons liegt vor. Der Entscheid im Jahr 2009, den Tiefbahnhof Luzern anstelle der Doppelspurlösung Rotsee als erste Priorität zu planen, betrifft die Schlaufe nur indirekt. Die Direktverbindung in die Zürichlinie bleibt als Option nach wie vor bestehen. Der Gemeinderat wird sich in allen Besprechungen und Verhandlungen mit Bund, Kanton und der SBB für die Schlaufe, Schnellzugshalte in Emmenbrücke und den Ausbau des Bahnhofs Emmenbrücke im attraktiven ansonsten gut erschlossenen Entwicklungsschwerpunkt Luzern Nord einsetzen. Im Rahmen der Bearbeitung des Masterplans wurde im Bereich des Bahnhofs Emmenbrücke eine Interessenlinie festgelegt, um die Option eines späteren Ausbaus des Bahnhofs auf vier Spuren nicht zu gefährden. Von Seiten Dritter wurde dem Gemeinderat im Herbst 2012 eine entsprechende Studie präsentiert, welche die Machbarkeit eines Schnellzugshaltes im Bahnhof Emmenbrücke aufzeigt. Weitere Schritte sind offen.

48/07 Motion Nadia Schulze und Mitunterzeichnende namens der CVP Fraktion vom 29. Oktober 2007 betreffend Verkehrsaufkommen Erlenstrasse

Die Motion wurde am 18. November 2008 teilweise entgegengenommen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern für Massnahmen zur Reduktion des Durchgangs- und Schleichverkehrs auf der Erlenstrasse sieht der Gemeinderat als ständige Aufgabe. Die Sanierung der dritten und letzten Etappe der Erlenstrasse im Bereich Einmündung Schulhaus Erlen bis Erlenkappelle (Bericht und Antrag 47/11 am 20. September 2011 vom Einwohnerrat gutgeheissen) wird aus verschiedenen Gründen erst dieses Jahr erfolgen. Es sind auch diverse Verkehrsberuhigungsmassnahmen vorgesehen, welche sich positiv auf das Verkehrsaufkommen und im speziellen auf den Durchgangsverkehr auswirken sollen.

24/08 Postulat Paul Jäger und MitunterzeichnerIn vom 18. März 2008 betreffend Einführung eines Lastwagenverkehrsleitsystems in Emmen

In der Botschaft des Regierungsrates an den Kantonsrat über einen Sonderkredit für die Planung des Projekts K13 Knoten Emmen-Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg, ist auch ein Projekt für ein Verkehrsleitsystem vorgesehen. Ein Verkehrsmanagement-Konzept für die Achse Luzern-Rothenburg bildet den übergeordneten Bezugsrahmen für die baulichen Massnahmen der verschiedenen Einzelprojekte. Damit wird das Strassenverkehrssystem betrieblich gesteuert, so dass zusammen mit den neuen Infrastrukturmassnahmen eine möglichst hohe Leistung und Sicherheit des Gesamtverkehrssystems gewährleistet ist. Die Direktion Bau und Umwelt der Gemeinde Emmen ist in die Entwicklung dieses Verkehrsleitsystems miteingebunden. 2012 wurde die Signalisation zur Unterführung Gersag angepasst, so dass die Lastwagen das Fahrverbot auf der Rüeggisingerstrasse und neu auf der Gersagstrasse früher erkennen und auch nicht mehr in der Unterführung stecken bleiben.

05/09 Motion Hansruedi Schumacher namens der FDP Fraktion vom 9. Februar 2009 betreffend weniger Stau: Gersagstrasse - Sonnenplatz

Eine Ausweitung zu einer vollwertigen zweiten Spur bei der Einfahrt der Gersagstrasse in den Sonnenplatzkreisel wird massiv erschwert, da letztes Jahr 30 Parkplätze auf dem Grundstück Nr. 99 zwischen der Gerliswilstrasse und der Gersagstrasse unterhalb des Restaurants Adler dazugekommen sind. Durch die nun insgesamt ca. 90 Parkplätze, welche durch die Gersagstrasse erschlossen sind, ist eine genügende Länge der bestehenden Abbiegespur vom Sonnenplatz her notwendig um einen Rückstau in den Sonnenplatz zu verhindern. Eine Abbiegespur auf der Gersagstrasse in den Sonnenplatz mit Raum für nur 2 Personenwagen ist kritisch. Die konkrete Machbarkeit wird im Rahmen des Bauprojekts Sonnenplatz des Kantons eingehend beurteilt. Bis heute liegt als erste Etappe das Bauprojekt Seetalplatz bis Centralplatz rechtskräftig vor, welches im Juni 2012 von der kantonalen Stimmbevölkerung angenommen wurde. Die weitere Etappe Centralplatz bis Sprengiplatz wurde zeitlich angepasst, d.h. verschoben und ist in Vorbereitung. Der Gemeinderat ist in Kontakt mit den massgebenden kantonalen Stellen.

07/09 Motion Andreas Kappeler und Mitunterzeichnende vom 10. Februar 2009 betreffend Pfortneranlage für die Einfahrt in die Gemeinde Emmen

Ein Verkehrsmanagement und Betriebskonzept Luzern Nord ist Bestandteil des kantonalen Projekts K13 Knoten Emmen/Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg (Botschaft B67). Damit soll der Verkehrsfluss insgesamt verbessert werden. Pfortneranlagen können als eine von vielen Massnahmen zur Zielerreichung mithelfen. Die Direktion Bau und Umwelt ist in die Projektierung mit einbezogen und wird sich für die Verbesserung der Verkehrssituation und einen steten Verkehrsfluss auf unserem Gemeindegebiet einsetzen.

08/09 Motion Monique Frey, Andreas Kappeler und Melanie Baumberger namens der SP/Grüne Fraktion vom 10. Februar 2010 betreffend einen zweijährigen Kindergartenbesuch

Aufgrund der aktuellen Vorgaben im neuen Volksschulbildungsgesetz und der eingereichten Volksinitiative „Zweites Kindergartenjahr jetzt... subito“ wird der Gemeinderat in der März-Sitzung 2013 des Einwohnerrates einen Bericht und Antrag zur Einführung des Zweijahreskindergartens vorlegen. Dabei sind neben pädagogischen Aspekten auch die Vorgaben aus dem Stabilisierungsprogramm und aus dem BAFIP zu beachten. Spätestens ab Schuljahr 2016/17 werden alle Gemeinden im Kanton Luzern das freiwillige zweite („vorgelagerte“) Kindergartenjahr anbieten.

18/09 Postulat Tobias Käch, Edi Scherer und Christian Blunsi namens der JCVP/CVP Fraktion vom 31. März 2009 betreffend Attraktivierung der Gerliswilstrasse

Bestandteil des kantonalen Projekts K13 Knoten Emmen/Littau (Seetalplatz) und der Leistungssteigerung des Gesamtverkehrssystems von Luzern Kasernenplatz bis Rothenburg (Botschaft B67) ist auch der Abschnitt Gerliswilstrasse. Eine Begleitgruppe Gerliswil, bestehend aus Vertretern der Verwaltungen von Emmen und des Kantons, Gewerbe, Politik und Quartieren diskutierte und erarbeitete Vorschläge zu Handen der Vorprüfung des Strassenprojekts, welche Ausrichtung die Gerliswilstrasse künftig einnehmen soll und mit welchen Massnahmen dies erreicht werden kann. Diese Vorschläge sind weitgehend ins Bauprojekt eingeflossen. Bis heute liegt als erste Etappe das Bauprojekt Seetalplatz bis Centralplatz rechtskräftig vor, welches im Juni 2012 von der kantonalen Stimmbevölkerung angenommen wurde. Die weitere Etappe Centralplatz bis Sprengiplatz wurde zeitlich angepasst, d.h. verschoben und ist in Vorbereitung. Der Gemeinderat ist in Kontakt mit den massgebenden kantonalen Stellen.

34/09 Postulat Marta Eschmann namens der CVP Fraktion vom 3. Juli 2009 betreffend Erhalt der provisorischen Einfahrt (Rampe) in die Autobahn A14 Emmen beim Anschluss Grüblischachen nach Luzern

Im Rahmen der der Autobahnerneuerung City-Ring wurden Gespräche über den Erhalt der provisorischen Einfahrtsrampe geführt. Seitens des Bundesamts für Strassen ASTRA wurde zugesichert, dass die provisorische Einfahrtsrampe bis Abschluss der Arbeiten am City-Ring bis Ende 2013 sicher bestehen bleibt. Es ist nach neuem Kenntnisstand vorgesehen, die Einfahrt als Option beizubehalten, bis alle grossen Autobahn- und Strassenprojekte (z.B. Umbau Seetalplatz) im Raum Luzern Nord abgeschlossen sind. Eine definitive Lösung ist nicht vorgesehen und muss bezüglich Machbarkeit insbesondere in Bezug auf die Verkehrssicherheit (Abstände, Radien, Einfahrtslänge, etc.) geprüft und beantragt werden. Die zweite Forderung bezüglich einer möglichen Bus-Schnellverbindung Emmen-Dorf über den Anschluss Grüblischachen direkt nach Luzern ist nach wie vor in keinem ÖV-Konzept vorgesehen. In der Vernehmlassung zum ÖV Konzept AggloMobil due verlangt der Gemeinderat, eine mögliche Bus-Schnellverbindung Emmen-Dorf über den Anschluss Grüblischachen direkt nach Luzern zu prüfen.

36/09 Postulat Monique Frey und Mitunterzeichnende namens der SP/Grüne Fraktion vom 7. Juli 2009 betreffend Abfallkonzept bei Anlässen auf öffentlichem Grund in Emmen

Die Übergabe der Abfallbewirtschaftung an REAL Recycling, Entsorgung, Abwasser Luzern und der damit verbundenen Überarbeitung der reglementarischen Grundlagen sind erfolgt und per Ende 2012 abgeschlossen. Nun da alle Rahmenbedingungen bekannt sind, können die betreffenden Dokumente für ein Abfallkonzept bei Anlässen auf öffentlichem Grund in Emmen gemäss den Forderungen und Ziel der Postulanten vorbereitet und erstellt werden.

38/09 Postulat Markus Nideröst, Thomas Bühler, Thomas Lehmann und Thomas Barbana namens der FDP Fraktion vom 18. Juli 2009 betreffend Risk Management

Die Identifizierung und Lokalisierung von Risiken in der täglichen Arbeit sowie die Analyse dieser Risiken gehört zu den Führungsaufgaben aller Stufen. Risikoanalyse bedeutet dabei die Beurteilung, Abwehr und die Verminderung von möglichen eintretenden Risiken. Solche Risiken können in allen Bereichen und Handlungsfeldern einer Verwaltung auftreten. Risiken ergeben sich in erster Linie dann, wenn für Entscheidungen oder Beurteilungen keine umfassenden Grundlagen und Beurteilungen vorhanden sind und auch nicht erhältlich gemacht werden können. Der Gemeinderat hat zusammen mit dem Kader prioritär die Sicherheit aller Mitarbeitenden zu gewährleisten. Deshalb gehört es zum Dauerauftrag im Bereich Sicherheit, mögliche Risiken in der täglichen Arbeit in allen Bereichen der Verwaltung rechtzeitig zu erkennen und allenfalls Massnahmen zu veranlassen. Aber auch alle weiteren personellen, betrieblichen und finanziellen Risiken sind dauernd zu überwachen. Daraus abgeleitet werden die Sicherheitsvorkehrungen regelmässig punktuell und situationsbedingt überprüft und entsprechend den Beurteilungen wo nötig auch angepasst. Darüber hinaus werden die Mitarbeitenden mit regelmässigen Informationen (Beiträge im Intranet, Merkblätter in Bezug auf mögliche oder bestehende Risiken und Bedrohungssituationen sensibilisiert. Mit Aus- und Weiterbildungen sowie beispielsweise mit unangemeldeten Evakuationsübungen wird ein hoher Standard im Bereich Sicherheit sichergestellt. Aktuell wird, als Teil des Risk Manage-

ments, über die gesamte Verwaltung ein Grundlagenpapier erarbeitet, welches Massnahmen zur Gewaltprävention und den Umgang mit schwierigen, gefährlichen und renitenten Personen aufzeigt. Diesbezüglich ist auch eine Informationsveranstaltung geplant. Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass die Forderungen des Postulates in den Grundzügen und Grundforderungen dauernd erfüllt werden. Dagegen konnte aus Gründen mangelnder Ressourcen keine schriftliche, und nach Eintretenswahrscheinlichkeiten abgestufte, Risikotabelle über alle Verwaltungsbereiche erstellt werden. Die wichtigsten personellen, betrieblichen und finanziellen Risiken sind aber in allen Bereichen bekannt und die zur Vermeidung, Verminderung und Abwehr dieser Risiken notwendigen Massnahmen sind bekannt, umgesetzt und werden auch laufend überprüft.

49/09 Postulat Thomas Barbana namens der FDP Fraktion vom 29. August 2009 betreffend der Anschluss Emmen Nord soll ein Vollanschluss bleiben

Mit Brief vom 19. April 2010 teilte der Gemeinderat dem Bundesamt für Strassen ASTRA das Anliegen der Postulanten mit. Mit Brief vom 26. Mai 2010 teilte uns das ASTRA folgendes mit: *„Das ASTRA ist verpflichtet, nach Abschluss dieser Teilprojekte, das heisst, wenn alle baulichen Voraussetzungen für das neue Verkehrsregime gegeben sind, den Anschluss Emmen Nord gemäss den Vorgaben der Plangenehmigung für den Verkehr aus und in Richtung Sursee zu schliessen. Die Wirksamkeit werden wir mit Verkehrserhebungen im Sinne eines Monitorings überwachen. Der Verlagerungserfolg, welcher insbesondere eine signifikante Entlastung des Verkehrs im Sprengbereich und im Dorfkern Rothenburg bringen soll, wird somit im Jahr 2013 eingehend überprüft und dokumentiert. Mit der baulichen Umgestaltung des Anschlusses Emmen Nord soll dann ca. Mitte 2014 begonnen werden. Ein Hauptargument für das Eintreten des Bundes und schlussendlich für die Genehmigung des generellen Projekts des Anschlusses Rothenburg durch den Bundesrat war die Eliminierung des Rückstaus auf die A2-Stammachse durch die Entlastung des Anschlusses Emmen-Nord. Durch den „Rückbau“ zum Halbanchluss fallen störende Verkehrsbeziehungen weg, was einen besseren Verkehrsablauf ermöglicht. Zudem entspricht die heutige Autobahneinfahrt in Richtung Nord in geometrischer Hinsicht nicht den Normen und birgt ein erhöhtes Unfallrisiko. Die Umgestaltung zum Halbanchluss hat die Beteiligung des Bundes beim Anschluss Rothenburg erst begründet. Das ASTRA ist somit verpflichtet, das Projekt in allen seinen Teilprojekten, wie genehmigt, umzusetzen. Falls die Gemeinden Emmen und Rothenburg mit Unterstützung des Kantons Luzern an der Erhaltung bzw. späteren Wiedererstellung des Vollanschlusses Emmen Nord festhalten wollen, würde dies auf jeden Fall ein neues generelles Projekt nach Nationalstrassenrecht bedingen, das wiederum durch den Bundesrat zu genehmigen wäre. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse wäre dieses neue Projekt für die Nationalstrasse kontraproduktiv und würde auch ein Rückkommen auf die Höhe der Kostenbeteiligung des Bundes am Anschluss Rothenburg nach sich ziehen“.* Bis November 2012 blieb der Vollanschluss in Betrieb. Seit Dezember 2012 ist nun der Halbanchluss in Betrieb. Die Daten der Verkehrsströme wurden beim Vollanschluss und werden nun auch beim Halbanchluss mittels Verkehrsmonitoring bis Ende 2013 erfasst und ausgewertet. Erste Zwischenresultate werden Ende Mai 2013 den Gemeinden Emmen und Rothenburg präsentiert. Falls wider Erwarten das Verkehrsmonitoring bis Ende 2013 zeigen sollte, dass die Projektziele bezüglich Verkehrsverlagerung nicht erreicht werden, wird das weitere Vorgehen in Absprache mit dem Kanton und den betroffenen Gemeinden festgelegt. Der Gemeinderat wird sich weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass der Autobahnanschluss Emmen Nord als Vollanschluss ein Thema bleibt.

66/09 Postulat Rita Amrein und Mitunterzeichnende namens der CVP Fraktion vom 13. November 2009 betreffend deutsche Sprache in den Emmer Schulen

Mit der Einführung des freiwilligen zweiten Kindergartenjahres (oder der Basisstufe) spätestens ab Schuljahr 2016/2017 werden Lernende frühzeitig die deutsche Sprache erwerben können. Die neue Verordnung über die Förderangebote ist zudem seit 1. August 2011 in Kraft. Für den DaZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache) gilt:

§ 17 Pensen

1 Der DaZ-Anfangsunterricht umfasst im Kindergarten und in der Unterstufe bei 1–3 Lernenden mindestens 3 Lektionen, ab der 3. Klasse mindestens 5 Lektionen pro Woche. Ab einer Gruppengrösse von 4 Lernenden wird pro Kind eine zusätzliche Lektion eingesetzt.

2 Der DaZ-Aufbauunterricht umfasst bei 1–3 Lernenden mindestens 2 Lektionen pro Woche. Ab einer Gruppengrösse von 4 Lernenden wird pro Kind eine zusätzliche Lektion eingesetzt.

Die Frühförderung in den Spielgruppen, die Deutschkurse für Migrantinnen, eine gezielte Sprachförderung ab Kindergartenentrtritt, Leseförderung und andere Massnahmen tragen dazu bei, Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, rechtzeitig und gut beim Deutscherwerb zu unterstützen.

69/09 Motion Christian Blunschli namens der CVP/JCVP Fraktion vom 14. Dezember 2009 betreffend gesetzliche Grundlage für die Rückerstattung von Konzessionsgebühren

Die Initiative zur Abschaffung der Konzessionsgebühren ist von der Luzerner Stimmbevölkerung abgelehnt worden. Der Konzessionsvertrag mit der CKW besteht und konnte bisher nicht neu verhandelt werden. Es ist dem Gemeinderat auch bekannt, dass die stromintensiven Betriebe der Abgabe von Konzessionsgebühren weiterhin grundsätzlich opponieren. Bisher haben die umfangreichen Gespräche und Verhandlungen mit den Beteiligten keine Lösungsansätze ergeben. Die Abgabe der Konzessionsgebühren bildet Gegenstand verschiedener, juristischer Verfahren. Der Gemeinderat ist weiter bereit, mit den stromintensiven Betrieben über eine Lösung für die teilweise Rückerstattung von Konzessionsgebühren unter dem Aspekt des Standortmarketings zu verhandeln. Dem Gemeinderat ist jedoch signalisiert worden, dass bis zum Abschluss der hängigen Verfahren weitere Gespräche nicht zielführend wären. Der Gemeinderat vertritt die Ansicht, dass ein Reglement für die Rückerstattung von Konzessionsgebühren dann ausgearbeitet wird, wenn sich Lösungen abzeichnen und die Notwendigkeit gesetzlicher Grundlagen gegeben ist. Dann erst müssen die bisher auf Vertragsstufe verhandelten Grundlagen in ein Reglement überführt werden.

71/09 Postulat Ernst Widmer und Thomas Bühler namens der FDP Fraktion vom 17. Dezember 2009 betreffend Strompreis-Verhandlungen mit der CKW

Die Gemeinde Emmen ist im vergangenen Herbst mit dem Label Energiestadt ausgezeichnet worden. Die Gemeinde Emmen hat diese Auszeichnung für ihre nachweisbaren und vorbildlichen Resultate in der Entwicklung ihrer kommunalen Energiepolitik erhalten. Die Auszeichnung war für den Gemeinderat eine erfreuliche Bestätigung seiner Energiepolitik und er wird auch weiterhin auf erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen setzen. Ebenfalls letztes Jahr wurde die Wasserversorgung Emmen für ihre energieeffizienten Wasserpumpen ausgezeichnet. Die Wasserversorgung prüft aktuell auch, ob inskünftig für ihren Bereich der etwas teurere Ökostrom bezogen werden soll. Im Weiteren kann festgehalten werden, dass die Gemeinde Emmen von der CKW mit Strom beliefert wird. Die Gemeinde Emmen kann den Strom aktuell nicht im freien Markt beziehen. Deshalb sind mit anderen Stromanbietern keine Verhandlungen aufgenommen worden.

18/10 Postulat Ruth Heimo-Diem und Mitunterzeichnende namens der BVK vom 9. März 2010 betreffend jährlicher Berichterstattung über das ÖV-Konzept

Die ÖV-Arbeitsgruppe wurde in eine gemeinderätliche ÖV-Kommission umgestaltet, besteht aus 9 Mitgliedern und hatte ihre erste Sitzung am 20. Juni 2011. Bisher haben drei Sitzungen stattgefunden. Die BVK wurde bisher noch nicht ausführlich über die Planung im öffentlichen Verkehr informiert, wie es die Postulanten fordern. Dies soll am 14. Mai 2013 oder 25. Juni 2013 das erste Mal erfolgen.

33/10 Postulat Reto Bieri namens der SVP Fraktion vom 12. Juli 2010 betreffend „Public Parc“

Wie in der Beantwortung des Postulates beschrieben, liegt der zurzeit machbarste und sinnvollste Standort für einen Stadtpark im heutigen Monosuisse-Areal entlang der Kleinen Emme. Das Siegerprojekt des städtebaulichen Studienauftrags, welches am 6. Januar 2012 einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sieht für die Transformation des Areals von einer reinen Industriezone in eine gemischte Zone Wohnen und Arbeiten auch einen respektablen Stadtpark vor. Zudem ergeben sich durch die dynamische Entwicklung der Gebiete in unserer Gemeinde neue Möglichkeiten und neue Chancen, wie von den Postulanten gefordert, Plätze und Pärke in Zusammenarbeit mit den Bauwilligen und Grundeigentümern zu realisieren. Auch wird im sich in Arbeit befindenden Siedlungsleitbild die Schaffung und Gestaltung von öffentlichen Plätzen und generell die Strassenraum- und Aussenraumgestaltung thematisiert.

58/10 Motion Tobias Hunkeler namens der SVP Fraktion vom 9. Dezember 2010 betreffend Konkretisierung der Nutzungszuweisung des Asylzentrums Sonnenhof im Bau- und Zonenreglement der Gemeinde Emmen

Mit Schreiben vom 22. November 2011 sicherte der Regierungsrat der Gemeinde Emmen zu, im Asylzentrum Sonnenhof die bisherige Sollauslastung von 120 Asylsuchenden beizubehalten. Mit Schreiben vom 14. Dezember 2011 teilte der Gemeinderat dem Regierungsrat mit, dass er nun die notwendigen Schritte unternommen wird, um die bisherige Sollauslastung im Bau- und Zonenreglement (BZR) der Gemeinde Emmen zu verankern. Dies wird nicht wie zuerst geplant, mit einer Teilrevision des BZR erfolgen, sondern integriert in die anstehende Gesamtrevision des BZR. Diese als Folge der anstehenden Gesamtrevision des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Luzern (PBG), welche gemäss heutigem Kenntnisstand frühestens per 1. Januar 2014 rechtskräftig vorliegen sollte.

59/10 Postulat Tobias Käch und Mitunterzeichnende namens der CVP/JCVP Fraktion vom 15. Dezember 2010 betreffend Zentrum Gersag, weiteres Vorgehen

Wurde am 13. November 2012 überwiesen und ist in Bearbeitung.

11/11 Dringliches Postulat Rita Amrein und Marta Eschmann namens der CVP Fraktion vom 4. Februar 2011 betreffend Ausarbeitung eines Konzepts zur Förderung des gehobenen Wohnens in der Gemeinde Emmen

Die Forderungen der Postulanten werden im Projekt Emmen 2025 und in der Folge im Rahmen des Siedlungsleitbildes, welches in Arbeit ist, erarbeitet.

20/11 Postulat Christian Blunschli und Mitunterzeichnende vom 22. Februar 2011 betreffend Planungsbericht Informatik (IT-Konzept, E-Government, Auslagerung der Gemeindeinformatik)

Wurde am 13. November 2012 überwiesen und ist in Bearbeitung.

24/11 Motion René Gmür, Rita Amrein und Marta Eschmann namens der CVP Fraktion vom 22. März 2011 betreffend Rahmenbedingungen bei Neueinzonungen von Bauland

Die Forderungen der Postulanten werden im Rahmen des Siedlungsleitbildes, welches in Arbeit ist, erarbeitet. Zudem wird im Rahmen des Projektes langfristige Investitionsplanung über die Beteiligung an Infrastrukturkosten bei Einzonungen oder Umzonungen diskutiert und die Schaffung eines Infrastrukturfonds geprüft. Die im März 2013 anstehende eidgenössische Abstimmung über die Revision des Raumplanungsgesetzes kann Einfluss auf weitere Massnahmen haben. Deshalb wird nicht wie zuerst geplant eine Teilrevision des BZR durchgeführt, sondern die Thematik integriert in die anstehende Gesamtrevision des BZR. Dies als Folge der anstehenden Gesamtrevision des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Luzern (PBG), welche gemäss heutigem Kenntnisstand frühestens per 1. Januar 2014 rechtskräftig vorliegen sollte.

39/11 Postulat Benedikt Schneider und Tobias Käch namens der CVP Fraktion und Markus Nideröst (FDP) vom 9. Juni 2011 betreffend Erweiterung bzw. Vergrößerung des Velounterstandes sowie die Verbesserung der Ordnung und Sauberkeit rund um den Velounterstand beim Bahnhof Emmenbrücke

Nach erfolgter Klärung der Eigentumsverhältnisse und dem heute vorliegenden Projektstand soll die Realisierung des Velounterstandes im ersten Halbjahr 2013 erfolgen.

42/11 Postulat Rolf Schmid namens der CVP Fraktion vom 30. Juni 2011 betreffend Lastwagenverkehr aus der Gerliswilstrasse/Neuenkirchstrasse

Das Postulat wurde voll überwiesen. Über die Hauptforderung der Postulanten bezüglich des Lastwagenfahrverbots auf der Gerliswilstrasse hat der Gemeinderat mit den zuständigen Stellen des Kantons Gespräche geführt. An der Einschätzung der Situation und Machbarkeit hat sich vorerst nichts geändert. Weiter fordert der Gemeinderat im Zusammenhang mit den Projekten Autobahnanschluss Emmen-Nord und dem Gesamtverkehrssystem Seetalplatz, Gerliswilstrasse, Sprengi, Lohrenkreuzung entsprechende Massnahmen zur Minderung des Schwerverkehrs auf dem Strassennetz der Gemeinde Emmen. Das heisst, mittels Verkehrsleitmassnahmen soll der Schwerverkehr, wenn immer möglich, auf das übergeordnete Autobahnnetz geleitet werden. Entsprechende Gespräche werden geführt.

43/11 Postulat Monique Frey und Mitunterzeichnende namens der SP/Grüne Fraktion vom 5. Juli 2011 betreffend Quartierentwicklungsbericht für die Gemeinde Emmen

Mit dem Gemeindeentwicklungsprojekt Emmen 2025 - Zukunftsperspektiven soll die räumliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Emmens für die nächsten zwölf Jahre formuliert werden. Teil der Strategie Emmen 2025 wird ein Massnahmenkatalog sein, der auch auf Bedürfnisse der Bevölkerung und Aspekte des Quartierlebens eingehen wird. Die Bevölkerung wurde in einem mehrstufigen Verfahren eingeladen, an dieser Entwicklung mitzuarbeiten und mit einer Vernehmlassung auch eine erste Beurteilung abzugeben. Die Ergebnisse werden verarbeitet und sollen dann in einem letzten Workshop mit der Bevölkerung nochmals ausgetauscht werden. Der Entwicklungsbericht der Quartiere ist von den Erkenntnissen aus der Gemeindeentwicklung und vom aktuell zu erarbeitenden Siedlungsleitbild abhängig. Weitere Datenerhebungen und detaillierte Handlungsfelder sollten auf diese Entwicklungsschritte abgestimmt sein. Der Prozess wird im Frühjahr 2013 abgeschlossen sein und als Strategie mit einer Massnahmenplanung der Öffentlichkeit präsentiert.

52/11 Dringliche Motion Thomas Barbana und Ruth Heimo namens der FDP Fraktion 15. September 2011 betreffend Planung der Umfahrung Emmen Dorf

Um das Trasse für eine Realisierung dieser Umfahrungsstrasse zu sichern, wird die bereits vorhandene Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit dem Kanton in den Jahren 2013/2014 konkretisiert. Zur Sicherung des Trassees soll 2014 eine Strassenbaulinie oder ein Freihaltebereich im Zonenplan festgelegt werden. Auch soll im Siedlungsleitbild der Freihaltebereich für eine Umfahrung Emmen aufgezeigt werden.

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir ersuchen Sie, von unserem Bericht Kenntnis zu nehmen und den beantragten Abschreibungen gemäss Ziffer 1 zuzustimmen.

Emmenbrücke 20. Februar 2013

Für den Gemeinderat

Rolf Born

Gemeindepräsident

Patrick Vogel

Gemeindeschreiber